



Oö. Landeskorrespondenz
MedienInfo



PRESSEKONFERENZ

mit

Michaela Langer-Weninger, PMM
Agrar-Landesrätin

Priv.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Franz Sinabell
Agrarökonom WIFO

Mag. Hubert Huber
Leiter der Abteilung Land- und Forstwirtschaft

zum Thema

Die Lage unserer heimischen Land- und Forstwirtschaft: Der Grüne Bericht OÖ 2026

am

Dienstag, 6. Oktober 2026

Landhaus-Foyer; Landhausplatz 1, 4021 Linz

Rückfragen-Kontakt

- Thomas Pürstinger | Presse Landesrätin Michaela Langer-Weninger
+43 732 7720 - 11119 | +43 664 600 72 - 11119
thomas.puerstinger@ooe.gv.at

Medieninhaber & Herausgeber

Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Kommunikation und Medien
Landhausplatz 1 | 4021 Linz
Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

„Dürre, schwankende Einkommen und steigende Erwartungen stellen unsere bäuerlichen Familienbetriebe vor große Herausforderungen. Der Grüne Bericht Oberösterreich zeigt, wie sich unsere Land- und Forstwirtschaft entwickelt – und wo wir die richtigen Weichen für die Zukunft stellen müssen. Denn eine starke heimische Landwirtschaft ist keine Selbstverständlichkeit. Sie sichert unsere Versorgung mit regionalen Lebensmitteln, bewirtschaftet unsere Wälder, erhält unsere Kulturlandschaft und schafft Wertschöpfung und Arbeitsplätze in den Regionen. Damit unsere Bäuerinnen und Bauern diese Leistungen auch morgen erbringen können, müssen ihre Betriebe wirtschaftlich bestehen können. Deshalb brauchen wir auch 2028+ eine starke und verlässliche Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Wer hohe Standards bei Qualität, Tierwohl, Umwelt- und Klimaschutz erwartet, muss den Betrieben auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür geben. Unser Ziel ist klar: Unsere Bäuerinnen und Bauern sollen von ihrer Arbeit leben können – und nicht draufzahlen!“

Agrar- & Forst-Landesrätin Michaela Langer-Weninger

2026 stellte sich für die heimische Land- und Forstwirtschaft bereits als ein außergewöhnliches und herausforderndes Jahr dar. Nach einem Einkommensplus im Jahr 2025 im Vergleich zu 2024 führen extreme Trockenheit, massive Ertragseinbußen, hohe Produktionskosten und volatile Agrarmärkte zu erheblichem wirtschaftlichem Druck auf unsere bäuerlichen Betriebe. Der aktuelle Grüne Bericht OÖ 2026 zeigt gleichzeitig die zentrale Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft für Lebensmittelversorgung, Kulturlandschaft, Umwelt- und Naturschutz. Für Oberösterreichs Agrar-Landesrätin Michaela Langer-Weninger ist daher klar: *„Wir müssen unsere land- und forstwirtschaftlichen Betriebe gut durch die Krise bringen und gleichzeitig die Weichen für die Zukunft stellen. Das bedeutet: Einkommen stabilisieren, Risiken besser absichern und jene Leistungen angemessen abgelten, die unsere Bäuerinnen und Bauern für die gesamte Gesellschaft erbringen.“*

Einkommen bleiben stark von Wetter und Märkten abhängig

Der Grüne Bericht OÖ verdeutlicht einmal mehr: Landwirtschaftliche Einkommen unterliegen starken Schwankungen. Gute Preise und Ernten können für Entlastung sorgen – Wetterextreme, steigende Kosten oder ungünstige Marktentwicklungen können die Situation aber rasch wieder verändern. Auf einen Anstieg der Einkommen im Jahr 2022 folgte 2023 ein Rückgang von mehr als 16 Prozent. Nach einer leichten Erholung 2024 entwickelte sich das landwirtschaftliche Einkommen 2025 wieder deutlich positiver. Dazu trugen insbesondere die Preisentwicklung bei Milch und Rindfleisch sowie die Erträge im Pflanzenbau bei.

Gesamtbetriebliche Übersicht – Durchschnitt 2023-2025

	Oberösterreich	Futterbau	Marktfrucht	Veredelung
Anzahl der ausgewerteten Betriebe	447	237	73	64
RLF, ha	29,2	27,92	32,98	31,95
Wald, ha	8,3	7,89	5,6	3,99
Standardoutput	100.522	99.300	57.547	195.288
BAK/Betrieb	1,33	1,49	0,79	1,42
davon nAK	1,3	1,48	0,76	1,40
GVE/ha RLF	1,11	1,40	0,02	1,83
Beträge in Euro				
Ertrag	185.574	174.383	117.140	361.363
Aufwand	134.479	130.820	89.577	256.593
davon Personalaufwand	937	470	1.394	1.443
Einkünfte LW/FW je Betrieb	51.095	51.704	27.564	104.770
Sozialversicherungsbeiträge	11.223	10.656	10.756	14.877
Einkünfte LW/FW abzgl. SV Beiträge	39.871	41.048	16.808	89.893
Außerlandwirtschaftlich Einkünfte aus selbständigen und unselbständigen Erwerb, abzgl. ESt.	25.689	25.963	29.066	17.282
Erwerbseinkommen (netto)	65.560	67.011	45.874	107.175
Übrige Einkünfte	889	747	1.763	499
Sozialtransfers	8.618	8.364	7.544	8.140
Verfügbares Haushaltseinkommen	75.068	76.122	55.181	115.814
Einkünfte Land- und Forstwirtschaft in Euro/ BAK				
2025	40.221	40.312	34.831	63.129
2024	36.401	31.125	34.219	76.501
2023	40.849	33.202	41.397	84.645
Veränderung in % 2025 zu 2024	10 %	30 %	2 %	-17 %
Veränderung in % 2025 zu 2023	-2 %	21 %	-16 %	-25 %

Quelle: LK Oberösterreich, BA für Agrarwirtschaft

20

Im Dreijahresmittel 2023 bis 2025 lag das Einkommen bei 51.094 Euro je Betrieb bzw. 39.157 Euro je betrieblicher Arbeitskraft. 2025 waren es durchschnittlich 54.271 Euro je Betrieb bzw. 40.221 Euro je Arbeitskraft. Für 2026 zeichnet sich jedoch wieder eine rückläufige Entwicklung ab. *„Entscheidend ist nicht ein einzelnes gutes Jahr, sondern eine verlässliche Perspektive für unsere Betriebe. Wer einen Hof führt, investiert und plant über viele Jahre und Generationen. Deshalb brauchen unsere bäuerlichen Familienbetriebe Rahmenbedingungen, die langfristige Sicherheit geben und nicht nur von einem Wirtschaftsjahr zum nächsten tragen“*, betont Langer-Weninger.

Agrarstrukturhebung 1960-2023 – Anzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

	1960	1970	1980	1990	1999	2010	2020	2023
Burgenland	41.716	38.548	30.853	26.789	16.081	9.793	7.973	8.430
Kärnten	32.353	31.330	27.023	26.192	21.202	18.174	18.228	17.605
Niederösterreich	121.574	101.945	80.558	71.219	54.551	41.570	37.453	37.533
Oberösterreich	75.381	71.689	60.065	54.485	41.804	33.341	29.173	28.844
Salzburg	14.353	13.740	12.581	12.319	10.751	9.785	9.320	8.811
Steiermark	76.121	73.403	65.208	60.669	48.582	39.388	33.605	33.121
Tirol	27.159	25.291	22.717	21.776	18.238	16.215	14.215	13.393
Vorarlberg	11.024	9.709	7.932	7.163	5.401	4.493	4.279	4.177
Wien	2.605	2.083	1.309	1.298	898	558	707	747
Österreich	402.286	367.738	308.246	281.910	217.508	173.317	154.953	152.660

Quelle: Quelle Statistik Austria, Agrarstrukturhebung, 1951 - 1970: Erhebungsuntergrenze 1/2 ha Gesamtfläche; 1980 - 1990: Erhebungsuntergrenze 1 ha Gesamtfläche, ab 1990: Einschließlich Betriebe ohne Fläche. - Ab 1995: Erhebungsuntergrenze 1 ha landwirtschaftlich oder 3 ha forstwirtschaftlich genutzte Fläche; ab 2020: Erhebungsuntergrenze ab 3 ha LN oder Wald, ab 2023: ab 3 ha LN oder 2 ha Wald

Oberösterreich zählt zu den bedeutendsten Agrarregionen Österreichs. **28.844 land- und forstwirtschaftliche Betriebe** bewirtschaften **290.168 Hektar Ackerfläche**, **205.649 Hektar Grünland** und rund **463.300 Hektar Wald**. Mit einer **Bruttowertschöpfung** von rund **2,9 Milliarden Euro** ist die Landwirtschaft zudem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Oberösterreich. Ihre Bedeutung geht aber weit darüber hinaus: Die bäuerlichen Betriebe versorgen die Bevölkerung mit Lebensmitteln und Rohstoffen, bewirtschaften Böden und Wälder und erhalten die Kulturlandschaft. Damit leisten sie einen Beitrag, von dem das ganze Land profitiert.

„Unsere Bäuerinnen und Bauern bringen nicht nur hochwertige Lebensmittel auf unsere Teller – sie gestalten unser Land. Sie bewirtschaften unsere Felder und Wälder, erhalten unsere Kulturlandschaft und schaffen Wertschöpfung und Arbeitsplätze in den Regionen. Vieles, was wir an Oberösterreich schätzen und oft für selbstverständlich halten, ist das Ergebnis ihrer täglichen Arbeit. Diese Leistung hat einen Wert – für unsere Regionen und für uns alle“, so die Agrar-Landesrätin.

ÖPUL und Ausgleichszulage: Was die Landwirtschaft leistet, kommt allen zugute

Besonders sichtbar werden die gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft im Agrarumweltprogramm ÖPUL. Rund 85 Prozent der oberösterreichischen agrarförderungsbeziehenden Betriebe (Inveko) nehmen an mindestens einer der möglichen Umweltmaßnahme teil. Knapp 18.700 Betriebe sind somit mit rund 350.000 Hektar Teil dieser Leistungen für die Umwelt. Im Jahr 2025 wurden in Oberösterreich dafür 116,4 Millionen Euro ausbezahlt. Auch die Bergbauernförderung erfüllt eine wichtige Funktion für die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung. 2025 erhielten dabei knapp 14.400 oberösterreichische Betriebe insgesamt 37,1 Millionen Euro. Für die rund 21.700 Invekos-Betriebe in Oberösterreich wurden 2025 etwa 122 Millionen Euro aus den Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik geleistet. Die durchschnittliche Direktzahlung lag bei rund 5.600 Euro je Betrieb. All diese Zahlungen tragen in Summe nicht nur zur Stabilisierung des einzelnen bäuerlichen Einkommens bei, sie ermöglichen Bewirtschaftung, halten regionale Wertschöpfungsketten am Leben und schaffen die wirtschaftliche Grundlage dafür, dass gesellschaftliche Anforderungen auch erbracht werden können.

„Am Ende geht es nicht darum, Geld für das bloße Bewirtschaften von Flächen ausbezahlen. Es geht um Leistungen, die wir als Gesellschaft wollen und von denen wir alle profitieren: gepflegte Wiesen und Almen, eine intakte Kulturlandschaft, Umweltleistungen und Lebensmittel aus der Region. Unsere Bäuerinnen und Bauern erbringen diese Leistungen jeden Tag. Und wer eine Leistung erwartet, muss auch bereit sein, sie fair abzugelten“, erklärt Langer-Weninger.

GAP 2028+: „Jetzt geht es um die richtigen Weichenstellungen“

Mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2028+ steht die europäische Agrarpolitik vor einer grundlegenden Neuausrichtung. Die aktuelle Förderperiode endet 2027. Die Europäische Kommission hat im Sommer 2025 Vorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik und den EU-Haushalt für 2028 bis 2034 vorgelegt. Vorgesehen ist unter anderem eine neue Struktur mit einem gemeinsamen nationalen und regionalen Partnerschaftsplan. Die konkrete Ausgestaltung wird derzeit auf EU-Ebene verhandelt. Für Oberösterreich ist dabei besonders wichtig, dass die unterschiedlichen Leistungen der Landwirtschaft auch in Zukunft berücksichtigt werden. *„Die GAP 2028+ darf nicht nur eine Strukturreform auf dem Papier sein. Sie muss Antworten auf die Realität auf den Höfen geben: auf Klimawandel, Marktvolatilität, steigende Kosten und gleichzeitig steigende gesellschaftliche Erwartungen. Dafür braucht es eine ausreichende Finanzierung und praxistaugliche Instrumente“*, fordert Langer-Weninger. Österreich hat sich im Rahmen des bisherigen Budgetprozesses bereits dafür eingesetzt, zentrale GAP-Mittel abzusichern. Für 2027 und 2028 bleiben aufgrund des vorgelegten Doppelbudgets die GAP-Gelder, ÖPUL-Leistungsabgeltungen und die Ausgleichszulage für Bergbäuerinnen und Bergbauern erhalten.

Gerade die Kombination aus Einkommensstützung und Leistungsabgeltung sei entscheidend, so Langer-Weninger: *„Wir brauchen eine Agrarpolitik, die nicht nur auf Krisen reagiert, sondern Vorsorge ermöglicht. Wer von den Bäuerinnen und Bauern erwartet, dass sie nachhaltig wirtschaften, Biodiversität fördern und unsere Kulturlandschaft erhalten, muss ihnen dafür auch langfristige Planungssicherheit geben. In Oberösterreich stellen wir im Rahmen des Agrarbudgets die notwendigen Mittel dafür bereit.“*

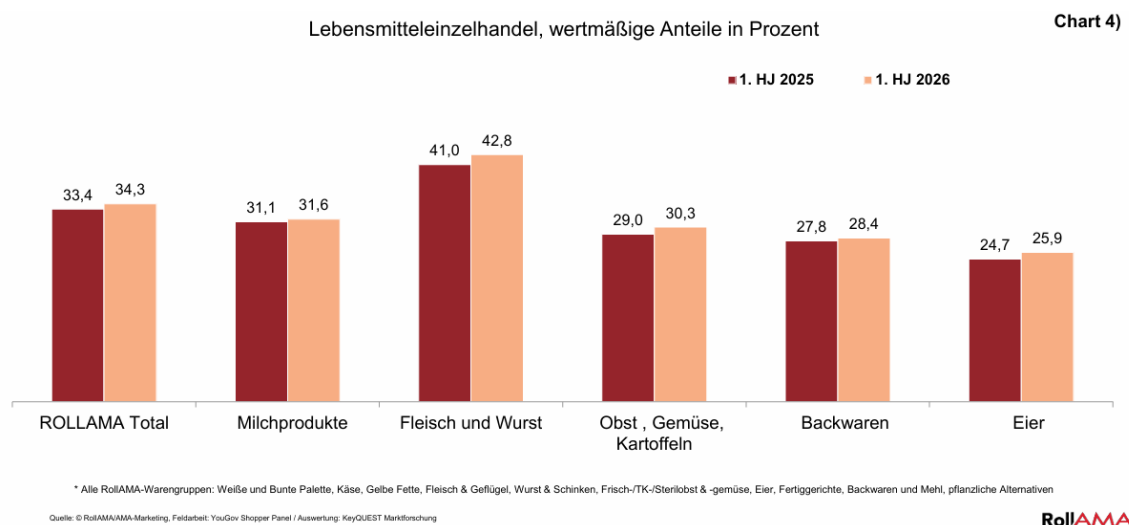
Preise land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse in Österreich (netto)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	Änderung 2025 zu 5-Jahres-Mittel
Pflanzliche Erzeugnisse (netto in Euro/t)							
Mahlweizen	149	227	281	179	185	168	-18 %
Futtergerste	142	204	276	165	143	159	-14 %
Körnermais	131	205	295	165	201	174	-13 %
Ölraps	354	495	582	404	455	424	-7 %
Sojabohnen	351	558	590	407	414	402	-13 %
Tierische Erzeugnisse (netto in Euro bzw. Cent/kg)							
Milch (4,2 % Fett, 3,4 % Eiweiß), Cent	37,5	39,4	50,1	51,7	50,2	56,1	22 %
Jungstiere, Klasse E-P	3,7	4,0	4,7	4,7	5,0	6,5	46 %
Mastschweine Kl. S-P	1,7	1,6	2,0	2,4	2,3	2,1	3 %
Masthühner lebend, 100 kg	100,9	100,9	101,7	108,9	115,2	116,2	10 %
Forstliche Erzeugnisse (netto in Euro/FMO)							
Blochholz, Fi/Ta, Kl B Media 2b	70	99	113	103	102	116	19 %
Schleifholz, Fichte/Tanne	37	37	48	53	46	43	-4 %

Daraus abgeleitet sehen wir aus Umfragen **fünf zentrale Punkte**, auf die künftig ein Schwerpunkt gelegt werden soll:

- Verringerung des bürokratischen Aufwands
- Faire Erzeugerpreise, Einkommen und Wertschöpfung
- Durchgängige Herkunftskennzeichnung
- Maßnahmen zur Kostenentlastung
- Beibehaltung der Direktzahlungen und Ausgleichszahlungen

In einem ersten Schritt haben sich die Wirtschaftskammer und die Landwirtschaftskammer auf ein gemeinsames Bekenntnis für mehr Herkunftstransparenz am Teller verständigt. Im Rahmen eines Kooperationsprojekts sollen in den nächsten Jahren primär digitale Möglichkeiten und Systeme ausgelotet werden, um den Gästen in der Gastronomie auf einfache und unbürokratische Weise mehr Informationen über die Herkunft zentraler tierischer Produkte zu bieten. Die aktuellen RollAMA-Daten zeigen deutlich, dass die Haushalte ihr Einkaufsverhalten an die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen. Mehr als jeder dritte Euro fließt mittlerweile in ein Aktionsprodukt. Erfreulich ist, dass Qualität und regionale Herkunft für die Konsumentinnen und Konsumenten weiterhin wichtig bleiben, dennoch entscheidet am Ende des Tages der Preis.



Dürrejahr 2026: „Die Landwirtschaft arbeitet in einer Werkstatt unter freiem Himmel“

Das Jahr 2026 zeigt besonders deutlich, wie unmittelbar die Landwirtschaft von Wetter und Klima abhängig ist. Die vergangenen zwölf Monate waren in Österreich die trockensten seit Beginn der Messungen im Jahr 1850. Die Folgen sind auf den Feldern und Wiesen deutlich spürbar: Ernten fallen geringer aus, Futter wird knapp und viele Betriebe müssen zusätzliche Kosten stemmen.

Die Österreichische Hagelversicherung beziffert den direkten landwirtschaftlichen Schaden österreichweit mittlerweile auf rund **eine Milliarde Euro**. Auch Oberösterreich ist stark betroffen – insbesondere Grünland- und tierhaltende Betriebe stehen vor großen Herausforderungen. *„Unsere Bäuerinnen und Bauern arbeiten in einer Werkstatt unter freiem Himmel. Wenn über Wochen der Regen ausbleibt, fehlt am Ende nicht nur Ertrag auf dem Feld, sondern auch Futter im Stall und Einkommen am Hof. Genau für solche Jahre braucht es eine starke Risikovorsorge, damit aus einer Wetterkrise nicht eine Existenzkrise wird“*, betont Agrar-Landesrätin Michaela Langer-Weninger.

Neben der bestehenden Absicherung gegen Naturgefahren wurde deshalb auf Bundesebene ein **Dürre-Hilfspaket von 240 Millionen Euro** beschlossen. Es umfasst Entlastungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen, eine höhere Unterstützung der Dürreversicherung sowie Zinszuschüsse und Erleichterungen bei Krediten. Ziel ist es, die Zahlungsfähigkeit der betroffenen Betriebe zu sichern und notwendige Ausgaben – etwa für den Zukauf von Futter – weiterhin zu ermöglichen. *„Wenn die Ernte ausbleibt, laufen die Kosten am Hof trotzdem weiter. Tiere müssen gefüttert, Betriebsmittel bezahlt und Kredite bedient werden. Die Unterstützung soll deshalb dort ansetzen, wo die Dürre unmittelbar wirkt. Gleichzeitig müssen wir die Vorsorge weiter stärken, denn Wetterextreme werden für unsere Landwirtschaft zu einer immer größeren Herausforderung.“*

Klimawandelanpassung kommt mehr Bedeutung zu

Das Dürrejahr 2026 zeigt zugleich, dass Risikovorsorge künftig einen noch höheren Stellenwert bekommen muss. Versicherungen und Krisenhilfen bleiben notwendig. Es müssen darüber hinaus weitere Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden, um die Ernährungssicherung zu gewährleisten: Dazu zählen Themenbereiche wie Wasserversorgung, Sortenwahl und Produktionstechnik und betriebliche Anpassungsstrategien. Auch die Forstwirtschaft steht vor der Aufgabe, Wälder durch standortgerechte Baumarten und stabile Mischbestände klimafitter zu machen. *„Wir können nicht beeinflussen, wann es regnet. Aber wir können dafür sorgen, dass unsere Landwirtschaft mit Trockenheit und Wetterextremen besser umgehen kann. Klimaanpassung passiert nicht irgendwann – sie passiert heute auf unseren Feldern, Wiesen und in unseren Wäldern. Dafür brauchen unsere Betriebe die richtigen Werkzeuge und die notwendige Unterstützung. Die GAP 2028+ muss deshalb auch eine GAP für mehr Resilienz sein“*, unterstreicht Langer-Weninger.

Landwirtschaft als volkswirtschaftlicher Motor

Die Diskussion über Agrarförderungen müsse daher breiter geführt werden. Landwirtschaftliche Betriebe sind Teil zahlreicher regionaler Wertschöpfungsketten. Direktvermarktung, Gastronomie, Lebensmittelverarbeitung, Tourismus und Dienstleistungen profitieren von einer funktionierenden Landwirtschaft. Dabei darf nicht ausschließlich im Vordergrund stehen, was eine Förderung kostet, sondern vielmehr, was sie bewirkt. Wenn damit Lebensmittel produziert, Landschaften gepflegt, Umweltleistungen erbracht, Arbeitsplätze gesichert und regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden, dann entsteht daraus ein Mehrwert für unser gesamtes Land. Das Jahr 2026 sei ein Weckruf, aber kein Grund, den Blick ausschließlich auf die aktuelle Krise zu richten. Vielmehr gehe es darum, die Lehren daraus in die nächste Förderperiode mitzunehmen.

„Unsere Bäuerinnen und Bauern denken in Generationen. Sie investieren heute in Böden, Tiere, Gebäude, Wälder und Betriebe, die morgen und übermorgen funktionieren sollen. Genau diese langfristige Perspektive brauchen wir auch in der Agrarpolitik. Die GAP 2028+ muss den Betrieben Sicherheit geben, dass sich nachhaltiges Wirtschaften auch in Zukunft lohnt. Unser Ziel muss eine Landwirtschaft sein, die wirtschaftlich tragfähig, ökologisch nachhaltig und widerstandsfähig gegenüber Krisen ist. Dafür brauchen wir starke bäuerliche Familienbetriebe – und dafür braucht es eine starke Agrarpolitik“, so Langer-Weninger abschließend.

Heimische Landwirtschaft 30 Jahre in der EU

„Seit 30 Jahren sind Österreich, Finnland und Schweden Mitgliedstaaten der EU. Was gleichzeitig stattfand – und oft ausgeblendet wird – ist die Integration der Agrarmärkte in die internationalen Gütermärkte als Folge der Uruguay-Handelsrunde und der Gründung der WTO. Dies ist ein weiterer Grund, eine Zwischenbilanz für den Agrarsektor zu ziehen“, sagt Agrarökonom Franz Sinabell.

Erinnern wir uns zurück: Der Markt für Agrargüter und Lebensmittel war bis zum EU-Beitritt bzw. zum WTO-Abkommen zur Landwirtschaft in allen drei Ländern weitgehend vom Außenhandel abgeschottet. Nur Güter, die im Inland nicht erzeugt werden konnten, wurden in nennenswerten Mengen importiert. Agrar-Überschüsse wurden mittels hoher Exportsubventionen am Weltmarkt verschleudert oder im Inland vernichtet.

Mit dem EU-Beitritt am 1. Jänner 1995 hatten Finnland, Österreich und Schweden von einem Tag auf den anderen die Möglichkeit, sich in einen der größten Wirtschaftsräume der Welt zu integrieren, in dem der freie Verkehr von Waren, Kapital und Personen bestand. Dies brachte grundlegende Veränderungen im Warenverkehr von Agrargütern und Lebensmitteln mit sich. Zu den Befürchtungen im Vorfeld des Beitritts zählte, dass der Agrarsektor und auch die heimische Lebensmittelwirtschaft dem Wettbewerbsdruck nicht ohne Schaden standhalten werden. Schließlich waren in Österreich bis zum EU-Beitritt Agrarpreise sehr hoch verglichen mit der EU, in der bereits Jahre davor das Preisniveau gesenkt wurde. Die heimische Agrarpolitik flankiert von der Gemeinsamen Agrarpolitik hat die absehbaren Schwächen in den Blick genommen. Mit einem ungewöhnlich hoch dotierten Agrarumweltprogramm und der Ausgleichzulage für benachteiligte Regionen konnte der Strukturwandel in der Landwirtschaft stark gebremst werden.

Die Fischler-Reform, die ein Jahrzehnt nach dem EU-Beitritt umgesetzt wurde, brachte weitere grundlegende Veränderung wie die Entkopplung von Direktzahlungen, die Beseitigung von Milch- und Zuckerrübenquoten und die Verknüpfung von EU-Zahlungen an Umweltauflagen. Diese Reform prägt die Agrarpolitik bis heute. Was sich seitdem geändert hat sind kurzgefasst zwei Entwicklungen: Die weitere Integration des internationalen Handels mit Vorteilen für den EU-Wirtschaftsraum – die EU ist der bedeutendste Exporteur von Agrargütern und Lebensmitteln der Welt. Die Zahlungen der Agrarpolitik im EU-Budget sind nach wie vor hoch, aber seit Jahren nominell am gleichen Niveau – somit verringert sich der reale Wert Jahr für Jahr aufgrund der Inflation. Trotzdem sind die Ausblicke für die Landwirtschaft positiv wie wohl am besten daran zu sehen ist, dass in Österreich im internationalen Vergleich ungewöhnlich viele junge Frauen und Männer in diesen Sektor einsteigen.

„Ginge es der Landwirtschaft außerhalb der EU besser als innerhalb? Diese Frage ist gar nicht so schwer zu beantworten. Es gibt zwei Beispiele, die genau diese Situation zeigen, nämlich die Schweiz und Norwegen. Kurz gefasst können wir daraus lernen: Der Strukturwandel verläuft dort ähnlich wie innerhalb der EU und die Zufriedenheit mit der Situation ist auch vergleichbar. Dafür zahlen Verbraucherinnen und Verbraucher dort viel mehr für Lebensmittel und das Niveau der Stützung der Landwirtschaft ist annähernd dreimal so hoch. Während die Milchwirtschaft in Österreich ihre international Marktposition stark ausbauen kann, fehlt den Milchbauern in der Schweiz und Norwegen der Marktzugang. Zusammen betrachtet haben sowohl Bäuerinnen und Bauern wie auch Verbraucherinnen und Verbraucher bessere Bedingungen innerhalb der EU“, betont Sinabell.

Landwirtschaft - aktuelle Situation

„Die Hilfe von Bund und Ländern, um Dürrebeschädigte zu unterstützen ist ausgewogen und dem Ereignis angemessen. Hervorzuheben ist, dass Versicherte nicht schlechter gestellt werden“, so der Agrarökonom.

Die Hitze und Trockenheit der letzten Wochen haben die Gesundheit und das Wohlbefinden vieler Personen beeinträchtigt. Unmittelbar sicht- und greifbare wirtschaftliche Schäden hat vor allem der österreichische Agrarsektor erlitten. Ein WIFO Research Brief legt zunächst eine vorläufige Bewertung der im August 2026 beschlossenen Hilfsmaßnahmen vor. Hervorgehoben wird, dass erstmals bei einem derart großen Ereignis die Versicherten gegenüber Nicht-Versicherten nicht schlechter gestellt werden. Eine weitere aktuelle WIFO-Analyse zeigt mit welchen Maßnahmen negative wirtschaftliche Auswirkungen der Dürre begrenzt werden können und wie das in vielen Bereichen gut funktionierende System des Risikomanagements zukunftsfähig gemacht werden kann. Die Stärkung von Versicherungen und der Einsatz von Krediten zur Finanzierung von Klimawandelanpassungsmaßnahmen sind dabei marktkonforme Ansätze. Um kurzfristig Liquidität zu ermöglichen, ist das temporäre Aussetzen von Sozialversicherungsbeiträgen ein geeignetes Mittel, obwohl die Treffsicherheit dieser Maßnahme gering ist. Da aber fast alle Betriebe von der Dürre betroffen waren und nach wie vor sind, überwiegt hier der Nutzen der Raschheit der Hilfe.